A7 Brexit: Austausch schützen und ausbauen

Gremium:	Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum:	12.03.2017
Tagesordnungspunkt:	8.3. inhaltliche Anträge

Am 23. Juni 2016 stimmten die Bürger*innen des Vereinigten Königreichs bei einer Wahlbeteiligung von 72,2% mit einer Mehrheit von 51,9% für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU. Seit dem 26. Januar 2017 liegt dem britischen Parlament ein Gesetzesentwurf vor, laut dem die britische Premierministerin „die Absicht des Vereinigten Königreichs zum Austritt aus der EU, gemäß Artikel 50 des Vertrags über die Europäische Union bekanntgeben“ kann. Nach einem Bericht der „Financial Times“ soll das Gesetz für die Austrittserklärung bis Mitte März verabschiedet werden. Laut einer Umfrage des britischen Meinungsforschungsinstituts „YouGov“ und der Tageszeitung „The Times“ vom 20. – 22. Juni 2016 beträgt die Zustimmung zum EU-Austritt bei den Altersgruppen, in denen tendenziell Student*innen vertreten sind, der 18-24 jährigen* lediglich 20% und auch in der Alterskohorte der 25-49 jährigen* 45%. Nach einer Befragung des Higher Education Policy Institute, an der 1000 Student*innen teilnahmen, stimmten 70% für einen Verbleib in der EU.

Die Auswirkungen des sogenannten BREXIT auf den Raum Hochschule sind, wenn auch noch nicht vollumfänglich absehbar, schwerwiegend.

Beispielsweise für ERASMUS+-Student*innen, welche Auslandssemester in England absolvieren, ist derzeit unklar wie es im Falle eines Austritts des UK aus der EU weitergehen wird. Sollte das UK die zu befürchtende nationalistische Isolationspolitik fortführen, droht das Ende der ERASMUS+-Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs, wenn 2020 das Budget für das Programm ausläuft. Dies würde einen Einschnitt in die Mobilität von Student*innen aus anderen ERASMUS+-Ländern (zur Zeit ca. 125.000) bedeuten und schon bestehende soziale Hürden im Erasmusprogramm verstärken.

Die erhöhten Kosten, die auf die Student*innen zukommen, etwa durch Studiengebühren (40.000€/Jahr für EU-Ausländer*innen zur Zeit statt 11.600€ für Brit*innen) so wie Visa-Kosten (ca. 400€/Jahr), würden sich zu einer kulturellen Isolation der jungen Generation im Vereinigten Königreich summieren. Diese wird verstärkt durch die fehlende Möglichkeit gemeinsam mit britischen Jugendverbänden Projekte im ERASMUS+-Programm zu bestreiten.

Die Idee eines freien Studiums erfordert barrierefreie Mobilität. Diese sollte natürlich nicht nur für das UK oder ein vereinigtes Europa, sondern weltweit vertreten werden. Daraus folgt zum einen die Notwendigkeit, das ERASMUS+-Programm in der deutschen Öffentlichkeit weiter als wesentlichen Punkt der BREXIT-Verhandlungen zu platzieren und weiterführend eine Reform des ERASMUS+-Programms. Diese Reform muss eine bessere soziale Durchlässigkeit gewährleisten. Eine Förderung sollte unabhängig von Alter, Studienfortschritt und Einkommen gewährt werden.

Auch für Forschung und Lehre würde der BREXIT einen enormen Bürokratie– und somit auch Kostenmehraufwand bedeuten. Diese würde beginnen bei gemeinsamen und EU-finanzierten Forschungsgruppen und -projekten, zieht sich über Promotionen

und Praktika in Instituten, im Vereinigten Königreich oder in der EU, betrifft aber auch so simple und grundsätzliche Sachen wie britische (Gast-)Dozent*innen an EU-Universitäten und umgekehrt.

Der Campusgrün Bundesverband schliesst sich deshalb den Forderungen des Deutschen Studentenwerks (DSW) an, welche dieses auf seiner 77. ordentliche Mitgliederversammlung verfasst hat:

"1) Den freien Austausch von Wissen und Personen mit dem Vereinigten Königreich soweit wie möglich beizubehalten, dabei aber keine Kompromisse in den Grundfreiheiten der Europäischen Union einzugehen.

2) Die Freiheit von Forschung und Wissenschaft in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und des Europäischen Hochschulraums konsequent einzufordern und entsprechende wirksame Maßnahmen zu ergreifen.

3) Den Zugang zu Hochschulen in Europa zu erleichtern, Chancengleichheit im Bildungssystem herzustellen und den Studienerfolg aller Studierenden in Europa gleichermaßen zu sichern."

Wichtig erscheint aber im Zuge der immer stärker werdenden rechtspopulistischen und neofaschistischen Bewegungen in Europa auch, dass ein Rückfall aus der EU in nationalistische Egoismen keine Lösung für europäische Probleme sein kann. Die EU birgt mit einem deutlich stärker legitimierten demokratischen Modell und einem EU-Parlament mit Richtlinienkompetenz das Potential, bestehende Grenzen, auch im Bildungsapparat, aufzuweichen.

Campusgrün bezieht Stellung zum geplanten Austritt des UK. In der Debatte darum platziert er das ERASMUS+-Programm in der deutschen Öffentlichkeit weiter als wesentlichen Punkt der BREXIT-Verhandlungen und strebt eine sozialgerechte Reform desselbigen an. Diese muss auf dem Recht auf freie Bildung und einer globalen Ausweitung vorhandener Programme basieren.

Darüber hinaus bekräftigt Campusgrün seinen Grundsatzbeschluss "

Demokratische Bildung für ein offenes und demokratisches Europa " der 29. Bundesmitgliederversammlung in Göttingen.

Begründung

Wir haben bereits eine sehr gute und umfassende Beschlusslage zu Europa. Wir haben keine zum Brexit. Wenn das gewünscht ist, hier wäre eine.